

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

**HYDRA e.V. Treffpunkt und Beratung für Prostituierte**

Sarah Stöckigt

Projektleitung

Köpenicker Straße 187/188

D-10997 Berlin (Kreuzberg)

**Nina Stahr und Werner Graf**

Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80

10117 Berlin

Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0

Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99

landesvorsitzende@gruene-berlin.de

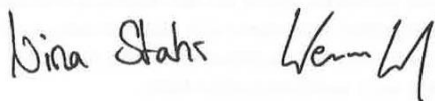
Berlin, 18. August 2021

## **Wahlprüfsteine HYDRA e.V. Treffpunkt und Beratung für Prostituierte**

Sehr geehrte Frau Stöckigt,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf  
Landesvorsitzende

## **WPS HYDRA e.V. Treffpunkt und Beratung für Prostituierte**

**Welche Maßnahmen planen Sie, um Sexarbeiter\*innen in Berlin zu unterstützen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern? Wie kann besonders marginalisierten Sexarbeiter\*innen (insbesondere migrantisierte Sexarbeiter\*innen, trans Sexarbeiter\*innen) in der Pandemie und danach bessere Unterstützung zuteilwerden?**

Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung und -versorgung nachbessern, dabei müssen insbesondere auch die Rechte und Bedürfnisse von migrantisierten Sexarbeiter\*innen sowie von trans, inter und nichtbinären Sexarbeiter\*innen berücksichtigt werden. Wir setzen uns für einen erleichterten Leistungsbezug bei den Jobcentern und Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie für die Abschaffung des stigmatisierenden „Prostituiertenschutzgesetzes“ auf Bundesebene ein. Essentiell ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen von Sexarbeiter\*innen einbezogen werden.

Die besonders prekäre und vulnerable Situation von Sexarbeitenden während der Pandemie – insbesondere auf der Straße – war und ist uns bewusst. Hier haben wir uns im Rahmen unserer parlamentarischen Möglichkeiten immer wieder dafür eingesetzt, dass die Verwaltungen zumindest partiell unkomplizierte Hilfen über Projektträger ermöglichen. Zudem haben wir den Einsatz von repressiven Mitteln gegenüber den zuständigen Sicherheitsbehörden problematisiert.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Sexarbeit entkriminalisiert wird und diskriminierende Sondergesetze abgeschafft werden? Wie positionieren Sie sich zu einem sog. Sexkaufverbot oder einer Verschärfung des Prostituiertenschutzgesetzes? Planen Sie Bundesratsinitiativen zu diesem Thema oder eine Positionierung im Landesparlament (analog z.B. zu NRW)?**

Wir wollen der Stigmatisierung von Sexarbeit entgegenwirken und gesellschaftliche Vorurteile abbauen. Ein sogenanntes „Sexkaufverbot“ bzw. das „Nordische Modell“ lehnen wir ebenso ab wie das sogenannte „Prostituiertenschutzgesetz“, das wir abschaffen wollen.

**Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Empfehlungen des Handlungskonzepts nachhaltig umgesetzt und die Arbeit des Runden Tisches weitergeführt werden kann?**

Mit Blick auf Sexarbeit im öffentlichen Raum ist es unerlässlich, den Dialog zwischen Sexarbeiter\*innen, Beratungsstellen und Anwohnenden zu stärken, um Stigmatisierung und

Diskriminierung von Sexarbeiter\*innen entgegenzuwirken. Der von uns unter Rot-Rot-Grün einberufene Runde Tisch Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben, evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen, um die Rechte und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter\*innen zu verbessern. Einsatzkräfte und Beamt\*innen im Kontakt mit Sexarbeiter\*innen müssen Weiterbildungen zu diskriminierungssensiblen Umgang absolvieren.

**Setzen Sie sich in den kommenden Haushaltsverhandlungen dafür ein, dass diese Projekte weiterhin gesichert finanziert und zusätzliche Projekte umgesetzt werden können?**

Der Haushaltsentwurf des Senats für die Jahre 2022/2023 sieht eine erhebliche Kürzung der Mittel für den Runden Tisch Sexarbeit vor. Damit müssten wichtige und erfolgreiche Projekte der Unterstützung, Beratung und des Empowerments von Sexarbeitenden, die zum Teil erst vor kurzem gestartet wurden und ihre Arbeit aufgenommen haben, sowie der aufsuchenden Sozialarbeit reduziert oder sogar komplett abgewickelt werden. Wir halten das für einen handfesten Skandal und werden diese Kürzungen nicht hinnehmen. Im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen, die voraussichtlich zu Beginn des kommenden Jahres beginnen werden, werden wir uns selbstverständlich für eine Rücknahme der Kürzungen und eine Verstetigung der Projekte einsetzen.

**Wie setzen Sie sich für die Belange von trans Sexarbeitenden ein? Gibt es Pläne, eine Notunterkunft für diese Zielgruppe in der Nähe des Bülowkiez zu schaffen? Ist durch Ihre Partei in Berlin eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Transsexuellengesetz (TSG) geplant**

Siehe hierzu auch die Antwort auf die erste Frage.

Für uns ist klar, dass wohnungslose Sexarbeiter\*innen Zugang zu sicheren Unterkünften benötigen und wir werden uns dafür einsetzen entsprechende – im Idealfall kieznahe – Plätze ausbauen. Wir setzen uns darüber hinaus für ausreichend Housing-First-Wohnungen ein, die besonders verletzte Gruppen, wie u.a. auch Sexarbeiter\*innen, berücksichtigen sollen.

Das veraltete und menschenrechtswidrige Transsexuellengesetz wollen wir auf Bundesebene abschaffen und durch ein Gesetz für geschlechtliche Selbstbestimmung ersetzen. Berlin hat auf grüne Initiative hin bereits in der aktuellen Wahlperiode eine entsprechende Bundesratsinitiative ergriffen. Diesen Kurs werden wir weiter fortsetzen!

**Wie wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass migrantische Sexarbeiter\*innen die Möglichkeit bekommen, legal in Deutschland der Sexarbeit nachzugehen?**

Sexarbeit ist seit Mitte 2017 durch das Prostitutionsgesetz legal. Migrantische Sexarbeiter\*innen können dieser Tätigkeit legal nachgehen, wenn sie über eine Arbeitserlaubnis verfügen, EU-oder EWR-Angehörige sind oder aus der Schweiz kommen. Wir Bündnisgrüne stehen für eine Geflüchteten- und Integrationspolitik, in der jeder einzelne Mensch zählt. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und wollen Asylverfahren beschleunigen, setzen uns für faire, qualifizierte und effiziente Verfahren sowie für eine nachhaltige Integrationspolitik ein.

**Was ist ihre Strategie, um das ProstSchG in Berlin so umzusetzen, dass eine Vielfalt der Arbeitsorte in der Sexarbeit erhalten bleiben kann?**

Wir teilen die Auffassung, dass das Prostituiertengesetz nicht zur Schließung insbesondere von kleinen und inhabergeführten Prostitutionsstätten und -betrieben führen darf, die in ihrer übergroßen Mehrzahl einen sicheren Ort für Sexarbeit bieten. Dafür wollen wir im Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben Lösungen erarbeiten.